

Hüfner, Klaus

Article — Digitized Version

Konjunktoren der Bildungsplanung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hüfner, Klaus (1980) : Konjunktoren der Bildungsplanung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 7, pp. 346-350

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135459>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunktoren der Bildungsplanung

Klaus Hübner, Berlin

Wenn im folgenden von „Konjunktoren“ in der Bildungspolitik und -planung die Rede¹ ist, so handelt es sich um eine Ex-post-Betrachtung der gesamtstaatlichen Entwicklungen im Bildungsbereich der 50er, 60er und 70er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Prof. Hübner diskutiert die Entwicklungen der Schüler- und Studentenzahlen sowie ihre Abhängigkeiten von demographischen Trends und bildungspolitischen Zielsetzungen einerseits und allgemeinpolitischen und -wirtschaftlichen Umwelteinflüssen andererseits.

Schüler und Studenten stellen, quantitativ gesehen, eine bedeutende Bevölkerungsgruppe in der Bundesrepublik Deutschland dar². 1978 gab es insgesamt rund 12,2 Mill. Schüler an Schulen der allgemeinen und beruflichen Ausbildung und rund 950 000 Studenten an den Hochschulen. Insgesamt befanden sich 1978 mehr als 13 Mill. Personen in formalen Bildungsprozessen, davon der größte Teil ganzzeitlich. Bei einer Gesamtbevölkerung von rund 61 Mill. Menschen bedeutet dies, daß 1978 jeder fünfte Einwohner der Bundesrepublik Deutschland ein „Lernender“ war.

Betrachten wir die Entwicklung der absoluten Schüler- und Studentenzahlen im Zeitablauf, so lassen sich für den Zeitraum 1960-1975 folgende „Wellenbewegungen“ aufzeigen. An den *Grund- und Hauptschulen* sank die Schülerzahl von rund 6,58 Mill. im Jahre 1950 zunächst auf etwa 4,9 Mill. im Jahre 1956, stieg dann kontinuierlich auf 6,5 Mill. im Jahre 1972 an und geht seitdem wieder zurück.

Die Schülerzahlen an den Realschulen und Gymnasien stiegen im genannten Zeitraum beträchtlich. So erhöhte sich z. B. die Schülerzahl an den *Realschulen* von rund 236 000 im Jahre 1950 auf rund 431 000 im Jahre 1960, stieg dann weiter auf etwa 863 000 im Jahre 1970 und betrug 1975 rund 1,15 Mill. Damit hat sich die Schülerzahl an den Realschulen im Zeitraum 1950-1975 fast verfünffacht. In dieser Periode stieg die Schülerzahl an den *Gymnasien* fast um das Dreifache,

nämlich von rund 657 000 (1950) auf fast 1 864 000 (1975). Dabei fällt insbesondere die Expansion in den 60er Jahren auf. Betrug die Schülerzahl 1960 etwa 853 000, so stieg sie bis 1970 kontinuierlich auf 1,38 Mill. an. Zwischen 1960 und 1973 hatte sich die Schülerzahl an den Gymnasien etwa verdoppelt.

Weniger dramatisch verlief die Entwicklung an den *Schulen der beruflichen Aus- und Fortbildung* (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Fachschulen). Die Schülerzahl betrug 1950 rund 1,9 Mill., stieg dann auf über 2,8 Mill. bis 1956 an (den höchsten Wert für den gesamten Zeitraum), sank bis 1960 auf etwa 1,9 Mill., betrug in den 60er Jahren jährlich etwa 2 bis 2,2 Mill. und stieg bis 1975 auf 2,29 Mill. an.

Besonders interessant ist die Entwicklung der Studentenzahl an den *Hochschulen*. Sie stieg zwischen 1950 und 1960 von etwa 152 000 auf rund 291 000, was fast einer Verdoppelung entsprach. Die nächste Verdoppelung erfolgte bis 1971 (rund 598 000 Studenten). Auch für die 70er Jahre ist mit einer weiteren Verdoppelung zu rechnen (1978: rund 946 000 Studenten).

Wellenbewegungen

Zusammenfassend können wir beträchtliche Wellenbewegungen bei der Entwicklung der Schülerzahlen an den Grund- und Hauptschulen, geringere Wellenbewegungen an den Schulen der beruflichen Aus- und Fortbildung sowie erhebliche Expansionsentwicklungen an den Gymnasien, Realschulen und insbesondere an den Hochschulen feststellen. Dabei fällt

Prof. Dr. Klaus Hübner, 41, lehrt seit April 1980 am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin. Zuvor war er Inhaber des Lehrstuhls für Bildungsökonomie an der Pädagogischen Hochschule Berlin.

¹ Vgl. dazu auch Klaus Hübner und Jens Naumann: Konjunktoren der Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Band I: Der Aufschwung (1960-1967). Stuttgart, Klett, 1977.

² Vgl. zu den Daten: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Grund- und Strukturdaten 1979. Bonn, BMBW, September 1979.

auf, daß diese Entwicklungen im weiterführenden Schulbereich und im Hochschulwesen nicht erst seit Anfang der 70er Jahre stattfanden. Es muß daher genauer untersucht werden, ob für diese Entwicklungen primär demographische oder andere Umweltbedingungen, vor allem auf dem Arbeitsmarkt, verantwortlich waren oder ob es sich um die Verwirklichung bildungspolitischer Zielsetzungen handelte. Im zweiten Fall wäre zu überprüfen, welche politischen Entscheidungsträger für diese Entwicklungen verantwortlich waren.

Die 50er Jahre lassen sich durch einen nachlassenden demographischen Druck charakterisieren. Nach den starken Geburtsjahrgängen der Vorkriegszeit waren die nachrückenden Jahrgänge bis etwa 1957 mit jeweils rund 800 000 Kindern relativ gleichmäßig und schwach besetzt. Im Gegensatz dazu ist die Entwicklung der Schülerzahlen in den 60er Jahren durch einen immer stärker werdenden demographischen Druck gekennzeichnet. Setzt man den Geburtsjahrgang 1956/57, der Anfang der 60er Jahre schulpflichtig wurde, mit einer Besetzung von etwa 800 000 Kindern gleich 100, dann stieg die Besetzung der Geburtsjahrgänge Jahr für Jahr bis zum Jahrgang 1964 um über 30 % auf absolut mehr als 1 Mill. Erst ab Mitte der 60er Jahre zeigte sich wieder eine von Jahr zu Jahr geringere Besetzung der nachfolgenden Jahrgangsstufen – ein Trend, der auch in den 70er Jahren anhielt. Dieser erhebliche Rückgang (die Besetzung des Jahrgangs 1975 zum Beispiel ist gegenüber der des Jahrgangs 1965 um mehr als 40 % niedriger) ist insbesondere auf den seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre feststellbaren Rückgang der Fruchtbarkeitsziffer zurückzuführen.

Wandelnder Berg

Aus der Geburtenentwicklung seit 1950 ergeben sich für das Bildungssystem – und später für das Beschäftigungs- und auch für das Rentensystem – Entwicklungslinien, die sich als ein „ständig fortwältzender Berg“ darstellen lassen. Sowohl die „Gipfel“ als auch die „Täler“ dieses „wandelnden Berges“ konfrontieren die Bildungspolitik und -planung mit erheblichen Problemen. Phänomene wie der „Schülerberg“ sind jedoch weder neu noch einmalig, wenn es sich um eine demographisch bedingte Wellenbewegung handelt. Es handelt sich um langfristig festgelegte Prozesse der „Umwelt“ des Bildungswesens, auf die es nur durch Anpassungsprozesse reagieren kann.

Betrug die Schülerzahl im Primarbereich (Schulen, die eine allgemeine Grundausbildung von vier bis sechs Jahren Dauer vermitteln) 1960 knapp 3,1 Mill.,

so stieg sie bis 1972 auf fast 4,2 Mill. Seitdem ist die absolute Schülerzahl im Primarbereich kontinuierlich gesunken und hat bereits die 3-Mill.-Grenze unterschritten; nach Vorausberechnungen der Ständigen Konferenz der Kultusminister (KMK) wird sie Mitte der 80er Jahre mit etwa 2,4 Mill. Schülern ihren Tiefpunkt erreichen.

Während sich die Entwicklungen der Schülerzahlen im Primarbereich vollständig auf die demographischen Wellenbewegungen zurückführen lassen, muß bei einer Analyse der absoluten Schülerzahlen im weiterführenden Bildungswesen, z. B. in den Realschulen und Gymnasien, zwischen demographischen und bildungspolitischen Einflußfaktoren unterschieden werden. Dabei gibt es einerseits kurzfristig orientierte bildungspolitische Maßnahmen, die sich als Anpassungsvorgänge des Bildungssystems an demographisch bedingte Schwankungen der Jahrgangsstärken charakterisieren lassen, andererseits langfristig orientierte bildungspolitische Zielsetzungen, die – etwa bei der Verwirklichung der Gleichheit der Bildungschancen – eine Erhöhung des relativen Schulbesuchs, d. h. des altersjahrspezifischen Anteils der Schüler an der Wohnbevölkerung, auf den verschiedenen Stufen des Bildungssystems zum Ziele haben.

Bei der ersten Art der bildungspolitischen Maßnahmen handelt es sich im Grunde genommen um Probleme der Kapazitätsauslastung vorhandener Einrichtungen. So führen beispielsweise rückläufige Jahrgangsstärken dazu, daß selbst die mit einem höheren Prestige versehenen Institutionen Zugangsbeschränkungen aufgeben. Damit werden frei werdende Kapazitäten mit Schülerpopulationen aufgefüllt, die vorher keine Zugangschance hatten: In den Ländern mit vierjähriger Grundschulzeit in der Bundesrepublik Deutschland hat bereits der Kampf zwischen den Gymnasien um die potentiellen Schüler begonnen. Bei stärker besetzten Jahrgängen führen die Anpassungsstrategien zu einer verschärften Auslese oder zu einer Verlängerung bzw. Verkürzung des Schulbesuchs, wobei diese Maßnahmen jeweils in Einklang mit den Angebots- bzw. Nachfragesituationen auf dem Arbeitsmarkt gebracht werden.

Hauptschule als „Restschule“

Veränderungen im *relativen Schulbesuch* schalten demographisch bedingte Schwankungen der Schülerzahl aus. Hier handelt es sich um altersjahrspezifische Berechnungen des Anteils der Schüler oder Studenten an der Wohnbevölkerung, wobei die Zahl der Schüler oder Studenten aus einem Geburtsjahr auf 1000 der

Wohnbevölkerung des gleichen Geburtsjahres bezogen wird.

Der relative Schulbesuch der 13jährigen ist aus mehreren Gründen interessant. Einerseits sind in diesem Alter noch alle Kinder schulpflichtig, so daß sich fast der gesamte Altersjahrgang in den verschiedenen allgemeinbildenden Schulen befindet; andererseits ist die allgemeine Grundausbildung im Primarbereich sowie die „Umverteilung“ zwischen den Schulzweigen des Sekundarbereichs I weitestgehend abgeschlossen.

Der relative Schulbesuch der 13jährigen an Grund- und Hauptschulen ist seit Anfang der 50er Jahre fast kontinuierlich von rund 80 % im Jahre 1952 auf etwa 46 % im Jahre 1975 zurückgegangen, wobei der Rückgang seit 1964 besonders ausgeprägt war. Im Durchschnitt aller Länder in der Bundesrepublik Deutschland ist seit 1973 die Hauptschule in diesem Sinne nicht mehr „Hauptschule“, da sie heute weniger als 50 % aller Schüler aus der Grundschule aufnimmt. In den Stadtstaaten Berlin und Hamburg lag 1975 der relative Schulbesuch in Hauptschulen sogar weitaus niedriger, nämlich bei 27 bzw. 29 %. Die vielbeklagte Hauptschulmisere (Hauptschule als „Restschule“) bezieht sich jedoch nicht nur auf den quantitativen Rückgang, sondern insbesondere auch auf die unzureichende materielle und personelle Ausstattung, die ungünstigen späteren Berufsperspektiven sowie die spezifischen Bildungsprobleme der Kinder ausländischer Arbeitnehmer, die zu etwa 50 % die Hauptschule ohne Abschluß verlassen.

Der relative Schulbesuch der 13jährigen an Realschulen und Gymnasien ist zusammengenommen in den letzten Jahren fast ebenso hoch wie der an Hauptschulen.

So hat sich der relative Schulbesuch dieser Altersgruppe an *Gymnasien* mit 12 % im Jahre 1952 auf rund 24 % im Jahre 1975 erhöht, d. h. verdoppelt. Da-

bei traten starke Erhöhungen einerseits in den Jahren 1965-1968 und andererseits nach 1972 auf. Geht man davon aus, daß dieser Anstieg nicht primär durch ein erhöhtes Angebot an zusätzlichen Bildungsplätzen geschaffen wurde („Saysches Theorem“, wonach sich jedes Angebot die entsprechende Nachfrage schafft), dann liegt dieser Entwicklung eine Erhöhung der individuellen Nachfrage nach weiterführender formaler Bildung zugrunde, die sich jeweils drei Jahre zuvor, d. h. 1962-1965 und nach 1969, d. h. nach Abschluß des Primarbereichs, artikuliert.

Der relative Schulbesuch der 13jährigen an *Realschulen* hat sich zwischen 1952 und 1975 von rund 6 % auf etwa 21 % erhöht, d. h. mehr als verdreifacht. Auch hier trat eine starke Erhöhung in den Jahren 1965 bis 1968 ein.

Die oben mit dem Sayschen Theorem angesprochene Kapazitätsproblematik hat wahrscheinlich in der ersten Expansionsphase 1962-1965 einen größeren Einfluß gehabt als nach 1969 in dem zweiten Schub. Denn damals waren die eintretenden Schülerjahrgänge schwach besetzt und konnten von den vorhandenen personellen und räumlichen Kapazitäten aufgefangen werden. Nach 1969 dagegen konnte die Expansion nur durch eine beträchtliche Erhöhung des Angebots an entsprechenden Bildungseinrichtungen, insbesondere unter regionalspezifischen Gesichtspunkten, aufgefangen werden.

Für die Berechnung des *relativen Hochschulbesuchs* eignet sich am besten die Altersgruppe der 22jährigen, die an den Hochschulen am stärksten vertreten sind. Dieser relative Hochschulbesuch hat sich von 2,4 % (1952) auf 9,8 % (1975) erhöht, d. h. in etwa vervierfacht. Dabei ist ein starker Aufwärtstrend insbesondere seit 1969 zu beobachten.

Mit Hilfe des Konzeptes des relativen Schulbesuchs läßt sich der demographische Einfluß dadurch isolieren, daß die Werte eines Basisjahres konstant gehalten

WELTKONJUNKTUR DIENST

Jahresbezugspreis
DM 80,-
ISSN 0342-6335

Der Vierteljahresbericht, der von der Konjunkturabteilung des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg erarbeitet wird, analysiert und prognostiziert die wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigsten westlichen Industrienationen sowie auf den Weltrohstoffmärkten.

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

ten und auf die altersspezifische Wohnbevölkerung der folgenden Jahre angewandt werden. Die Summe der sich auf diese Art für die einzelnen Geburtsjahrgänge ergebenden Schülerzahlen für eine Schulart gibt dann an, wie groß die Schülerzahl in den betreffenden Jahren bei unverändertem relativem Schulbesuch gewesen wäre.

Köhler³ hat 1978 für vier Schularten solche Berechnungen durchgeführt und kam zu folgenden Ergebnissen:

- Der Zuwachs an Schülern an Grund- und Hauptschulen folgt seit 1960 im wesentlichen demographischen Trends;
- der Anstieg der Schülerzahlen an Realschulen ist dagegen überwiegend auf nicht-demographische Faktoren zurückzuführen; denn wären seit 1960 nur demographische Faktoren wirksam geworden, so hätte man für 1975 nur etwa 610 000 Schüler anstatt der tatsächlichen Schülerzahl von etwa 1,15 Mill. erwarten müssen;
- an den Gymnasien machte sich für den Zeitraum 1965 bis 1975 ein immer stärker werdendes Wachstum der Schülerzahlen bemerkbar, als allein aufgrund des demographischen Einflusses zu erwarten gewesen wäre: 1975 besuchten statt 1,12 Mill. tatsächlich 1,86 Mill. Schüler die Gymnasien; da zur Zeit besonders starke Geburtsjahrgänge zum Gymnasium übergegangen sind, kann man behaupten, daß der gegenwärtige „Schülerberg“ an Gymnasien zum Teil demographisch, aber insbesondere bildungspolitisch bedingt ist;
- um vieles geringer ist der demographische Einfluß zwischen 1960 und 1975 auf die Entwicklung des „Studentenberges“ gewesen: Während die Studentenzahl in diesem Zeitraum auf über 650 000 gestiegen ist, hätte man aufgrund der demographischen Entwicklung allein nur etwa 204 000 Studenten im Jahre 1975 erwarten dürfen.

Köhler kommt daher zu der zusammenfassenden Schlußfolgerung, daß zwischen 1960 und 1975 demographische Trends – und dadurch bedingte „Schüler- und Studentenberge“ – für die tatsächliche Entwicklung der Schüler- und Studentenzahlen eine weitaus geringere Rolle gespielt haben, als üblicherweise angenommen wird. Während die Erhöhung der Schülerzahlen an Realschulen und Gymnasien nach 1965

überwiegend nicht auf demographische Einflüsse zurückzuführen ist, haben sich demographische Faktoren auf den starken Anstieg der Studentenzahlen überhaupt nicht ausgewirkt.

Ungeplante Expansionsprozesse

Nach dieser eher statistisch-technischen Analyse erscheint es notwendig, die Entwicklungen im Schul- und Hochschulbereich im Verhältnis zu den Schwerpunkten der bildungspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland zu untersuchen. Auffallend ist zunächst, daß die erste Expansionsphase 1962-1965 an den Gymnasien keinesfalls Ausdruck einer aktiven Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland gewesen ist. Die öffentliche Diskussion um den „Bildungsnotstand“ (Picht) und die Bildungswerbung haben diese erste Expansionsphase ebenso wenig beeinflußt wie die „große Zeit“ der Bildungspolitik, die mit der Institutionalisierung der Bildungsforschung (1963: Gründung des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft) und der Bildungsberatung (1965: Errichtung des Deutschen Bildungsrates) einsetzte. Sie trugen allenfalls zu einer nachträglichen Rechtfertigung der schon vollzogenen – ungeplanten – Expansionsprozesse bei. Der Deutsche Bildungsrat begann vielmehr seine Arbeiten vor dem Hintergrund der Thesen von Edding und Picht, die sich vor allem auf statistisches Material der späten 50er Jahre stützten. Aber auch die Kultusverwaltungen der Länder haben die erwartbaren systematischen Folgeprobleme dieser Entwicklungen nicht rechtzeitig wahrgenommen. Selbst die ab 1968/69 erfolgte Etablierung zahlreicher Planungsabteilungen in diesen Ministerien änderte nur wenig, da sie sich – entsprechend dem Tenor der damaligen bildungspolitischen Diskussionen – primär um „strukturelle „Innovationen“ (insbesondere Gesamtschulgründungen) und inhaltlich-curriculare Probleme kümmerten.

Es kann davon ausgegangen werden, daß das günstige bildungspolitische „Klima“ in den 60er Jahren dafür gesorgt hat, daß die notwendigen Kapazitätserweiterungen in den Realschulen und den Gymnasien für den zweiten Expansionsschub ab 1969 rasch erfolgten, dennoch muß rückblickend überraschen, in welcher Unkenntnis über das Ausmaß bereits erfolgter Umstrukturierungen und ihrer unterschiedlichen Folgeprobleme der zweite Bildungsrat Anfang der 70er Jahre sein Arbeitsprogramm entwickelte, das notwendigerweise zu einer „Verselbständigung“ dieser Einrichtung führte. Selbst die 1970 gegründete Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (BLK) war in den

³ Vgl. Helmut Köhler: Der relative Schul- und Hochschulbesuch in der Bundesrepublik Deutschland 1952 bis 1975. Ein Indikator für die Entwicklung des Bildungswesens. Berlin, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, 1978 (Materialien aus der Bildungsforschung Nr. 13).

ersten Jahren ihres Bestehens mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert, um ihren prognostischen Arbeiten empirisch-statistisch gehaltvolle Zustandsbeschreibungen zugrunde legen zu können.

Die beiden Expansionsschübe an den Gymnasien hatten strukturelle Wandlungen zur Folge, so daß die vom Deutschen Bildungsrat 1969 empfohlenen Experimentalprogramme mit Gesamtschulen und die 1970 vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft allgemein geforderte Einführung der Gesamtschule als Regelschule die ihr generell zgedachte bildungspolitisch-instrumentelle Funktion zur Ablösung und Überwindung des traditionellen Gymnasiums weitgehend verloren.

Wie soll es weitergehen?

Um die Folgewirkungen bildungspolitisch und/oder demographisch bedingter „Konjunkturen“ im Bildungsbereich erkennen zu können, müssen die zeitlichen Verzögerungen in der amtlichen Statistik der Länder und des Bundes überwunden werden. Dabei handelt es sich nicht nur um statistisch-technische, sondern vor allem auch um bildungspolitische Probleme. Seit 1975 gibt es – zumindest für den Schulbereich – kein institutionalisiertes, unabhängiges Beratungsgremium für Bund und Länder, keinen Nachfolger des Deutschen Bildungsrates. Trotz der teilweise stürmischen Expansion des Finanzvolumens (bis 1971) für die Bildungsforschung muß heute festgestellt werden, daß der Anteil der unabhängigen, eher an der Grundlagenforschung orientierten Bildungsforschung zugunsten angewandter, von Bund und Ländern abhängiger Bildungsforschung ständig gesunken ist, so daß auch von dieser Seite her eine konstruktive Kontrollfunktion qua analytischer Sachkompetenz nicht geleistet werden kann. Zwar stagniert der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am Bruttosozialprodukt seit 1976/77 bei etwa 5,0 % (1963: 2,8 %) und der Anteil des Finanzvolumens der Bildungsforschung an den Bildungsausgaben bei 0,24 % (1963: 0,06 %), dennoch handelt es sich um Größenordnungen (1977 etwa 60 Mrd. DM öffentliche Bildungsausgaben), die eine genaue „Konjunkturforschung“ des Bildungswesens („education as an industry“) rechtfertigen.

Die beiden oben genannten Expansionsschübe hatten nur leichte Verzögerungseffekte zur Folge: Seit 1973 vergrößerte sich in den 70er Jahren die Zahl der Jugendlichen, die auf den „Lehrlingsmarkt“ bzw. auf den Berufsanfängermarkt strömten, um insgesamt mehr als 25 % – und dies in einer schweren wirtschaftlichen Rezessionsphase in der Bundesrepublik

Deutschland. Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel sind sichtbarer Ausdruck dieser Entwicklung.

Die Expansionsphase im Hochschulbereich in den 70er Jahren war durch zwei Engpässe charakterisiert:

- Vor allem in der ersten Hälfte der 70er Jahre, aber auch in der zweiten Hälfte, mußten stärkere Lenkungs- und Steuerungsmaßnahmen (Numerus clausus, Festlegung von (Über-)Kapazitätsnormen für Hochschulen und Hochschullehrer) eingesetzt werden.
- Ab 1973/74 wurden Schwierigkeiten auf bestimmten Teilarbeitsmärkten für Hochschulabsolventen immer deutlicher. Die „Konjunktur“ war von Problemen einer („Über“-)Nachfrage in ein („Über“-)Angebot umgeschlagen, was zuerst am Lehrerarbeitsmarkt „sichtbar“ wurde. Ähnliche Anzeichen für Anpassungsprobleme und -prozesse lassen sich auch für andere Kategorien von Hochschulabsolventen beobachten (u. a. leicht erhöhte offene Arbeitslosigkeit über verlängerte „Warteschlangen“, Verbreiterung der Grauzone para-beruflicher Tätigkeiten, Zunahme von Teilzeitbeschäftigungen, Verringerung von Eingangsgelältern).

Beide Engpässe haben sich einerseits auf die Studierbereitschaft (1977 entsprach die Zahl der deutschen Studienanfänger nur noch etwa 74 % der Zahl der Schulabsolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife), andererseits auf das Studienverhalten (deutliches Sinken der durchschnittlichen Studierdauer von 7,2 Jahren (1974) auf 6,5 Jahre (1976)) ausgewirkt.

Angebotslücken in den 90ern

Bisherige Erfahrungen deuten darauf hin, daß sich bildungspolitische Zyklen unabhängig von demographischen Entwicklungen durchsetzen konnten. Die Abstimmungsprozesse mit dem Arbeitsmarkt bleiben das Dauerthema von Bildungsplanung und Bildungsökonomie. Wegen der langen Studiendauer ist das Angebot an Hochschulabsolventen relativ unelastisch, da es sich notwendigerweise an den Arbeitsmarktverhältnissen der „Vorperiode“ orientiert. Wegen der sinkenden Studienneigung der Studierberechtigten einerseits und des erhöhten Ersatzbedarfs andererseits kann es daher durchaus zu Angebotslücken in den 90er Jahren kommen. Um diese Konjunkturen besser analysieren zu können, bedarf es – last not least – einer detaillierten Marktforschung zur individuellen Bildungsnachfrage, die meistens flexibler als bisher angenommen auf bildungs- und arbeitsmarktpolitische Ereignisse reagierte, was jedoch keinesfalls bedeutet, daß diese Reaktionen auch richtig sind bzw. waren.